

## Bericht von der Tagung "Das Schweigen brechen über Gaza" am 31.10.2015

Der Fachtag „Das Schweigen brechen über Gaza“ wurde zu Beginn durch die beiden Veranstalter\*innen, vertreten durch Thomas Wilde für die Stiftung Leben & Umwelt und durch Wilhelm Wortmann für die Palästina Initiative Region Hannover eröffnet. An diesem Tag sollte es zum einen darum gehen, den Konflikt zwischen Palästina und Israel in einen historischen und politischen Kontext zu setzen, wobei der Fokus des Tages auf Gaza lag. Durch den Beitrag mehrerer Referent\*innen, die sich in ihrer politischen Arbeit auf die Unterstützung in und für Palästina konzentrierten, ermöglichten die Beiträge zum anderen einen Einblick in das Leben der Menschen vor Ort. Die Moderation des Fachtages übernahm Christoph Dinkelaker, Nahost-Experte und Mitbegründer des Fachblogs Alsharq.

**Andreas Zumach**, freier Journalist, führte die Teilnehmer\*innen durch seinen Vortrag in die Historie des Konfliktes ein. Zumach machte deutlich, dass es sich beim Nahost-Konflikt nicht allein um einen Konflikt zwischen Palästina und Israel handele, sondern auch regionale Entwicklungen wie der Arabische Frühling oder der Krieg in Syrien sich auf den Konflikt auswirkten.

Er thematisierte im Folgenden die Politik der Nicht-Verantwortung europäischer Staaten, die durch ihre von Einzelinteressen geleitete Politik zur heutigen Situation beitrugen. Während alle europäischen Vertreter\*innen<sup>1</sup> der immer noch völkerrechtlich gültigen UN-Resolution 181<sup>2</sup>, dem UN-Teilungsplan von 1947, aktiv zustimmten, begann die Politik der Nicht-Verantwortung mit dem Still-schweigen als Reaktion auf den Geländegewinn Israels im Krieg von 1948.

In der UN-Resolution 242 wurde das Ende der Besatzung der von Israel 1967 eroberten Gebiete gefordert, was ohne Folgen blieb. Die Differenzen zwischen dem englischen und dem französischen Text der Resolution seien kein Zufall gewesen (Englisch: Rückzug aus besetzten Gebieten – Französisch: Rückzug aus den besetzten Gebieten).

Die Konferenz von Madrid 1991 nach dem Irakkrieg bedeutete ein Umdenken der USA, denn diese sei nur auf Druck der USA zustande gekommen. Die PLO durfte nicht als eigenständige Delegation teilnehmen. Aber zum ersten Mal saßen Israelis und Palästinenser\*innen an einem Tisch.

Das Ergebnis von Norwegens Engagement war das Übereinkommen von Oslo 1993, das zwar keine perfekten Lösungen bot, aber zumindest Hoffnungen schürte. Entscheidungen seien jedoch von Israel nicht umgesetzt worden. Die europäischen Staaten hätten daraufhin nichts unternommen, dadurch wurde die dominante Position der USA unter den externen Akteuren gestärkt.

Eine eigenständige Nahostpolitik der Europäischen Union (EU) gibt es nicht, so Zumachs Schlussfolgerung. Aktivitäten würden sich auf humanitäre Maßnahmen beschränken. Ein Beispiel: Das Handelspräferenzabkommen von 1995 zwischen der EU und Israel verbietet den Import von Produkten aus den besetzten Gebieten. Es wird von Israel dauerhaft verletzt. Anträge auf Suspendierung des Vertrages wegen der Verletzung seiner Inhalte werden von Deutschland innerhalb der EU abgelehnt.

Generell, so Zumach, kommen Erklärungen der EU aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips zum Konflikt entweder nicht zustande oder werden stark abgeschwächt. Bestimmend für dieses Verhalten sei Deutschland, das sich meist gegen Sanktionen entscheide oder sich bei Abstimmungen enthielte. Der Wahlsieg der Hamas 2006 z. B. wurde besonders von Angela Merkel nicht anerkannt. Zumach sehe in der Haltung deutscher Politik einen Zwiespalt, denn zum einen gehört Deutschland zu den wichtigs-

---

<sup>1</sup> bis auf die BRD/DDR – 1947 noch nicht existent

<sup>2</sup> Stimmenverhältnis in der UN-Vollversammlung 54 Ja-, 46 Neinstimmen

ten Akteur\*innen auf der EU-Ebene, während sich aber die Entscheidungsträger\*innen maßgeblich aus Entscheidungen raushielten.

Die sogenannte Roadmap, die vom Nahostquartett – bestehend aus den USA, Russland, der UNO und der EU - entwickelt wurde, ist seit 2002 internationaler Bezugspunkt für die Nahostpolitik. Ihre Schwäche sei, dass die Grenzen Israels nicht benannt werden. Dass Frankreich am 30.12.2014<sup>3</sup> im UN-Sicherheitsrat entgegen dem Votum der USA für einen jordanischen Resolutionsvorschlag stimmte, deutete Zumach vorsichtig als Zeichen, dass die Linie europäischer Staaten, nämlich treu zu den USA zu stehen, bröckele. Dieser Resolutionsvorschlag fordert die Zwei-Staaten-Lösung und den vollständigen Abzug Israels aus den besetzten Gebieten bis 2015. Er bezieht sich auf die arabische Friedensinitiative vom März 2002 (von der Arabischen Liga beschlossen), die die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den islamischen Staaten sowie die Anerkennung Israels anbietet und im Gegenzug von Israel den Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten fordert.

In Deutschland sei das Verständnis für das palästinensische Anliegen in der Bevölkerung größer als in der politischen Klasse. Zumach führt dies auf die starke Israel-Regierungslobby zurück (Zentralrat der Juden, die Initiative 'Stop the Bomb' und Strömungen in den Jugendorganisationen von SPD, Linken und Grünen).

Die besondere Verantwortung der Deutschen für die Existenz Israels schließe aber auch die Verantwortung für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung und einen Staat Palästina ein.

Zumach ging dann auf Fragen aus dem Publikum ein:

- Verhältnis Iran- Israel: Der Iran erkennt das Existenzrecht Israels formal nicht an (keine diplomatischen Beziehungen), aber der Iran hat sich als Teil der islamischen Staatengemeinschaft der saudischen Friedensinitiative von 2002 angeschlossen. Diese bietet Israel volle diplomatische Beziehungen an, wenn Israel sich im Gegenzug aus den besetzten Gebieten zurückzieht.

- Zur Hamas und dem israelischen Geheimdienst: Es gibt Belege, dass der israelische Geheimdienst bei der Gründung der Hamas mitgemischt hat, um einen Gegenwicht zur PLO um Yassir Arafat aufzubauen. Bei der Hamas müsse man differenzieren zwischen politischem und militärischem Arm. Es stellt sich auch die Frage, ob sie noch die volle Kontrolle in Gaza hat. In der Regierungsverantwortung wurde die Hamas zu Pragmatismus gezwungen.

-Sollten westliche Staaten eingreifen? Die westlichen Staaten hätten immer eingegriffen und hauptsächlich die Diktaturen unterstützt. Mit Blick auf die jetzige Flüchtlingskrise in Europa stellte Zumach fest, dass uns jetzt 400 Jahre europäischer Kolonialgeschichte zwischen Marokko und Pakistan um die Ohren fliegen würden.

- Ein-Staat oder Zwei-Staaten-Lösung? Zunächst bräuchten die Palästinenser wohl, nach allem was geschehen sei, einen eigenen Staat – obwohl die Voraussetzungen dafür sehr schlecht seien, sei er wichtig, um eine drohende Vertreibung nach Jordanien zu verhindern – um letztlich aber zu einem binationalen Staat zu gelangen.

### **Dr. René Wildangel**

René Wildangel stellte angesichts der Flüchtlingsdebatte einleitend fest: Gaza ist tatsächlich ein vergessener Konflikt. Es gibt nur deshalb keine Flüchtlinge aus dem Gazastreifen, weil aufgrund der israelischen Blockade niemand heraus kann. Nach Umfragen möchten rund 50 Prozent der Menschen

---

<sup>3</sup> Abstimmungsergebnis im Sicherheitsrat auf Druck der USA : 8 Stimmen für die Resolution statt der notwendigen 9

den Gazastreifen verlassen. Die UN hat prognostiziert, dass Gaza ab 2020 nicht mehr bewohnbar ist. Dabei leben überwiegend junge Menschen in Gaza.

Das Auslandsbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Palästina wurde 1998 gegründet und ist auch für Jordanien zuständig. Wildangel selbst ist seit Oktober 2015 nicht mehr Leiter des Büros. Seine Nachfolgerin ist Dr. Bettina Marx. Im Jahr 2004 wurde ein weiteres Büro für den Libanon, Syrien und den Irak eingerichtet.

René Wildangel stellte dann die Zielsetzung der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung im arabischen Raum vor. Grundlage ist die Unterstützung emanzipatorischer, zivilgesellschaftliche Bewegungen. Es gibt drei Arbeitsbereiche:

- 1) Demokratie und Menschenrechte
- 2) Umweltrechte und
- 3) politische Analyse.

Ziel der politischen Arbeit vor Ort ist das Empowerment von Menschen, ihre Haltung gegenüber nationaler, internationaler Politik zu konkretisieren. In Palästina habe eine Entpolitisierung stattgefunden: Die letzte Wahl war 2006. Es gäbe kein funktionierendes politisches System mehr. Der Präsident sei nicht mehr politisch legitimiert.

Zu den Bereichen (Beispiele):

zu 1) An Projekten werden z.B. unterstützt: das Wadi Hilweh Information Center in Silwan, ein Stadtteil in Ost-Jerusalem. Die Problematik dort ist vergleichbar mit der in Hebron: Israelische Behörden und Siedler versuchen, die einheimische palästinensische Bevölkerung zu verdrängen. Ein besonderes Problem sind die zahlreichen Kinderverhaftungen. Ein weiteres Projekt ist 'Mapping her'; durch eine Visualisierung soll Gewalt gegen Frauen dokumentiert und über die sozialen Medien bekannt gemacht und diskutiert werden. Im Gazastreifen wird ein Projekt unterstützt, das Rechtsbeistand für Frauen anbietet (Die Hamas zum Beispiel ersetzte die Richter der Autonomiebehörde durch neue, konservative Richter, die meist zum Nachteil der Frauen entscheiden). EU-Projekt in Jerusalem: Hier geht es um Hilfe für palästinensische Organisationen, die in verschiedenen Bereichen die palästinensische Gemeinschaft in Ost-Jerusalem unterstützen, z.B. durch kulturelle, ökonomische oder soziale Projekte. Menschenrechte: Hier geht es vor allem um Aufklärung über Verletzungen der Menschenrechte und Initiativen zu deren Beendigung, zum Beispiel mit der Organisation „Adameer“ („Gewissen“) gegen die Praxis der Administrativhaft in Israel.

zu 2) Mit palästinensischen Organisationen soll eine öffentliche Diskussion über Umweltthemen begonnen werden. Das passiert zum Beispiel mit einem multimedialen „Umweltmagazin“. Gerade Jugendliche wollen an umweltpolitischen Debatten teilnehmen. Darüber hinaus hat das Büro einen „Fair-Trade-Guide“ gestaltet, der die Förderung palästinensischer Produktion in den Blick nimmt. Israel verdient jährlich Milliarden Dollar am Verkauf seiner Produkte in Palästina. Außerdem geht es um die Dokumentationen von Umweltrechtsverletzungen z.B. durch die Siedlungen oder im Gazastreifen, die schwere Folgen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen haben.

zu 3) Generell ist hier die Förderung palästinensischer Qualifikationen von zentraler Bedeutung, zum Beispiel die Fähigkeit von Think Tank oder an den Universitäten zur Analyse. Die sollen auch in die Lage versetzt werden, ihre Stimme in europäische Politikentscheidungen einzubringen. Die Rahmenbedingungen sind ungünstig: Seit dem Gaza-Bombardement 2014 war kein MdB in Gaza. Politische Initiativen seitens der EU fehlen. Die Einheitsregierung funktioniert nicht, Gaza ist vom Westjordanland weitgehend isoliert. 81 Prozent der Palästinenser in der Westbank sind besorgt, dass sie in ihrem Alltag durch die Besatzung Schaden nehmen könnten. Es droht eine Hinwendung zur Radikalität, die wir bereits seit Oktober 2015 verstärkt beobachten müssen.

### **Katja Maurer:**

Nach dem Bombardement 2014 ist eine erhebliche Verschlimmerung der Lage gegenüber früher erkennbar. Es gibt eine starke Entmutigung und generelle Müdigkeit in der Bevölkerung. Bisher wurden nur 2,3 Prozent des Baubedarf geliefert. Die Mittelschicht ist quasi beseitigt. Das Trinkwasser ist zu 95% nicht trinkbar, was u.a. zu Hautkrankheiten führt. Die Schäden am Aquifer werden ab 2020 irreversibel sein, wenn sie nicht sofort repariert werden. Die Arbeit der UN und der NGOs steckt in einem Dilemma: So überwacht die UNO quasi selbst das Funktionieren der Blockade, weil sie sich durch den *Gaza Reconstruction Mechanism* selbst dazu verpflichten musste, Israels Sicherheitsinteressen als prioritär anzusehen. D.h., die UN unterstützen quasi durch ihre 'Wiederaufbauhilfen' den Status quo! Durch die Blockade ist der Gazastreifen völlig dicht. Offizielles Ziel israelischer Regierungspolitik ist die De-Entwicklung, um die Bevölkerung letzten Endes loszuwerden. Gaza ist der Prototyp für eine beabsichtigte Enklavenbildung im Westjordanland. Das Problem für die palästinensische Strategie ist: Wenn 50% der Bevölkerung den Gazastreifen verlassen wollen, was laut Umfragen der Fall ist, bedeutet das für die Strategie des Ausharrens, des Standhaftsein (arab. *Sumud*) das Scheitern. Nebenbei bemerkt: Alle vom Auswärtigen Amt mitfinanzierten Projekte werden nur dann vom Auswärtigen Amt finanziert, wenn Israel zustimmt.

Im Anschluss stellte Katja Maurer eine Dokumentation der israelischen Veteranenorganisation *Breaking the Silence* zum Gaza-Bombardement 2014 vor. Die Soldaten, die über ihre Kriegserfahrungen berichten, stellen keine politischen Forderungen, sondern legen Zeugnis ab. Deutlich wurde: Jede/r im Zielgebiet ist ein legitimes Ziel. Es wurden auch weniger zielgerichtete Waffen eingesetzt. Es gibt einen stark wachsenden rassistischen Diskurs. Alles wird überwacht. Es gibt eine hohe Akzeptanz von sogenannten Kollateralschäden. Der Drohnenkrieg gilt als Vorbild. Diese Verhältnisse zu dokumentieren ist sehr wichtig, um die Selbstwahrnehmung in Israel, das heißt die "Besatzungsvergessenheit", zu stören.

### **Ulrike Vestring:**

Sie schlug zu Beginn ihres Vortrags vor, im Falle Gaza statt von *Krieg* von *Bombardement* zu sprechen, weil keine 'Waffengleichheit' herrsche. Ulrike Vestring vertritt die Gruppe *FrauenWegeNahost*, eine kleine Gruppe, die im Frühjahr 2009 mit einer Art Notfallpädagogik für psychisch traumatisierte Kinder begann. Laut UN ist jedes Kind in Gaza betroffen. In diesem Zusammenhang warf aus dem Publikum Karin Steinbrinker vom Deutsch-Palästinensischen Frauenverein in Hamburg ein, dass angesichts der Hilflosigkeit im Umgang mit traumatisierten Kindern bei den Eltern auch die Elternberatung sehr wichtig sei. Die Gruppe *FrauenWegeNahost* arbeitet mit der *Palestinian Working Women Society* (PWWS) zusammen und organisiert Sprachtherapie für traumatisierte Kinder unter dem Zeichen *Hoffnungsvögel*. Finanziert wird ein Sprachtherapeut, der sich noch in der Ausbildung befindet.

### **Abschlussrunde mit ReferentInnen:**

*Christoph Dinkelaker: Palästinensische Partner als „Game Changer“: Siehst du das ähnlich und wo siehst du die Rolle Europas?*

René Wildangel: Die „Game Changer“ Nummer 1 sind die Palästinenser\*innen selbst. Allerdings gibt es ein Hindernis und das ist die Machtasymmetrie. Wegen der Machtasymmetrie ist Druck auf die europäische Politik notwendig, damit diese eingreift. Die Asymmetrie verschwindet nicht von selbst. Man muss die Palästinenser\*innen stärken und auf die Ablehnung der Zwei-Staaten-Lösung durch Netanjahu reagieren.

*Zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen:* Katja Maurer: Alle wissen was los ist, in den Medien, in der Politik. Deutschland ist der Verhinderer in der EU. Es muss eine Sprache gefunden werden, die

klar ist, die aber auch Israel versteht. Im Jahr 2017 besteht die Besatzung 50 Jahre. Die Palästinenser sind geduldig, wie es für uns unvorstellbar ist. Es müssen Räume geschaffen werden, um über den Konflikt offen zu sprechen.

*Rolle der Medien, Kluft zwischen dem was gesagt und gedacht wird:* Andreas Zumach: Das, was in den Medien geschieht, ist ein Abbild von dem, was in der Politik passiert. Die Diskrepanz zwischen dem Wissen der Diplomat\*innen um die untragbare Situation und der Politik, die in Berlin gemacht wird, ist eklatant. Die Redeweise "Beide Seiten müssten..." ist spätestens seit Oslo obsolet. Die Asymmetrie der Machtverhältnisse muss deutlich gemacht werden. Für die Einwirkung der Politik von außen gilt, es müssen klare Ziele formuliert werden. Bei einer Lösung des Konflikts kann man Israels Sicherheit unter Umständen durch eine UN-Militärpräsenz garantieren. In der 'Genfer Initiative' (zwei Jahre währende Verhandlungen ehemaliger Mitglieder der betroffenen Regierungen) wurden alle relevanten Punkte behandelt. Wichtig sind internationale Schutzgarantien.

*Zu Aktionsmöglichkeiten:* Ulrike Vestring: Gemeinsame Aktionen, so zum Beispiel zum Tag des Bodens am 29.11 oder auch an die Wirtschaft zu appellieren. René Wildangel: Gegen Waffenlieferungen eintreten und für die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten (es gibt eine israelische Website 'Who profits' um Siedlerprodukte herauszufinden) und gegen Firmen eintreten, die an der Besatzung verdienen. Andreas Zumach: Hinweis auf die Gefahr des Braindrains, das wäre die Vorbereitung zur sogenannten 'dritten Lösung', das heißt der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung.

#### Schlusswort **Christoph Dinkelaker:**

Die untragbare Situation im Gazastreifen erfordert es tätig zu werden, indem

- man kann die Informationen, die heute vermittelt wurden, weiterträgt; man also eine Multiplikator\*innen-Funktion einnimmt.
- man parteipolitisch aktiv wird.
- man den/die Abgeordnete/n aus dem eigenen Wahlkreis mit der Situation in Gaza konfrontiert.
- man in die Region reist, um sich ein eigenes Bild von der Situation zu machen.
- man seinen persönlichen Konsum hinsichtlich Siedlungsprodukten hinterfragt.
- man lokale Organisationen unterstützt.
- etc.

#### **Veranstalterinnen und Kontakt:**

Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., [info@slu-boell.de](mailto:info@slu-boell.de), [www.slu-boell.de](http://www.slu-boell.de)

Palästina Initiative Region Hannover, [info@palaestina-initiative.de](mailto:info@palaestina-initiative.de), [www.palaestina-initiative.de](http://www.palaestina-initiative.de)